

Neue Zürcher Zeitung

NZZ executive
Stellen für Kader und Fachspezialisten

NZZ – ZEITUNG FÜR DIE SCHWEIZ

Samstag/Sonntag, 3./4. August 2013 · Nr. 177 · 234. Jg.

gegründet 1780

www.nzz.ch · Fr. 4.70 · € 4.10

Der Aufruhr der anderen

Israel verhandelt wieder mit den Palästinensern, aber ohne grossen Enthusiasmus. Denn das Land ist stärker denn je und zudem ein Ort der Stabilität in einer Region, in der Chaos herrscht. Von Eric Gujer

Einst zogen die Palästinenser die ganze Welt in ihren Bann. Erst mit Attentaten und Entführungen, dann mit dem aufsehenerregenden Handschlag zwischen Yasir Arafat und Yitzhak Rabin bestimmten sie die Tagesordnung im Nahen Osten. Doch heute ist der israelisch-palästinensische Konflikt nur noch ein Nebenschauplatz des arabischen Umbruchs. Der Bürgerkrieg in Syrien, eine endlose Serie von Anschlägen im Irak, der sukzessive Zerfall der staatlichen Ordnung in Libyen und schliesslich gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Säkularisten und Islamisten in Tunesien und Ägypten - an neuen, bedeutsameren Brennpunkten mangelt es nicht. Bis aus den Trümmern der alten Regime stabile politische Ordnungen entstehen, werden noch Jahre vergehen. So kann man nur hoffen, dass Ägypten nicht ebenfalls in den Mahlstrom eines Bürgerkriegs gezogen wird. Die USA haben in diesem grossen Drama bisher keine Hauptrolle gespielt. In Ägypten halten sie sich zurück, ebenso in Syrien; von dem früheren Gestaltungswillen Washingtons ist nicht mehr viel zu spüren.

Eine Geschichte verpasster Chancen

Umso gelegener kommt der Erfolg von Aussenminister John Kerry, der jetzt Israeli und Palästinenser zu Gesprächen in Washington zusammengebracht hat. Nach langer Sprachlosigkeit klären sie die Bedingungen für Friedensverhandlungen. Der amerikanische Druck auf den israelischen Ministerpräsidenten Netanyahu, der mit seiner Siedlungspolitik den palästinensischen Lebensraum in Westjordanland Zug um Zug okkupiert, scheint gefruchtet zu haben. Nach dem Zerwürfnis wegen seiner Pläne für einen Krieg gegen Iran will Netanyahu keine weitere Verstimmung mit der unentbehrlichen Schutzmacht des jüdischen Staates riskieren.

Mit der Rumpfregierung aus Ramallah zu reden, verpflichtet Netanyahu allerdings zu gar nichts. Man muss sich nicht von dem im Nahen Osten derzeit grassierenden Pessimismus anstecken lassen, um ein Scheitern der Verhandlungen zu prophezeien. Zur Jahrtausendwende hatte der damalige israelische Regierungschef Ehud Barak noch weitreichende Konzessionen in Aussicht gestellt. Doch der vom Terroristen zum Staatsmann mutierte Arafat fand die Kraft zum Vertragsabschluss nicht, weil er hierfür Lebenslügen wie das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge oder eine neuerliche Teilung Jerusalems hätte aufgeben müssen. Jetzt ist es der palästinensische Präsident Mahmud Abbas, der mit dem Mut des Realisten pragmatische Lösungen anstrebt, während sein israelischer Widerpart Maximalforderungen vertritt.

Netanyahu, ohnehin Gegner eines souveränen Staates im Westjordanland, hat keinen Anreiz, sich kompromissbereit zu zeigen. Die israelische Politik der Abschottung funktioniert. Seit dem Bau einer Mauer

entlang der grünen Linie ist die Zahl terroristischer Anschläge in Israel drastisch zurückgegangen. Mehr noch: Mit der Mauer und einer fragwürdigen Segregation von Siedlern und arabischer Bevölkerung sind die Palästinenser buchstäblich aus dem Blick geraten. Die Ungewissheiten des «arabischen Frühlings» und das wachsende soziale Ungleichgewicht im eigenen Land beschäftigen die Israeli intensiver als die Nachbarn jenseits des Sperrwerks. Die periodischen Warnungen vor einer dritten Intifada schrecken niemanden mehr. Selbst die aus dem Gazastreifen abgefeuerten Raketen sind nur eine Plage, aber keine echte Bedrohung. Die Palästinenser, die schwächeren Kontrahenten in dem hundertjährigen Ringen, begingen einen Kardinalfehler, als sie die israelische Euphorie nach dem Oslo-Abkommen 1993 nicht ausnutzten, um den Stärkeren auf einen definitiven Vertrag zu verpflichten. Heute ist der Status quo aus israelischer Sicht erträglich, er rechtfertigt jedenfalls keine die Gesellschaft polarisierenden Konzessionen.

Auch geostrategisch steht Israel nicht unter Druck. Die Nachbarstaaten sind seit Ausbruch der arabischen Revolution zwar unberechenbarer geworden, von ihnen geht aber weniger denn je eine militärische Gefahr aus. Selbst der Hizbullah, welcher der israelischen Armee im letzten Libanonkrieg noch empfindliche Schläge beibrachte, steckt so tief im syrischen Sumpf, dass er aufpassen muss, am Ende nicht seine Stellung in Libanon zu schwächen. Die Hamas im Gazastreifen ist isoliert und kann nicht mehr auf die Unterstützung von Asad und Hizbullah zählen. Gäbe es nicht Irans Atomprogramm, könnten die Israeli für einmal durchatmen.

Vor zwei Jahren war die Lage ungemütlicher. Nach Mubaraks Sturz schien nicht sicher, ob Ägypten den Friedensschluss von 1979 weiter respektieren würde. Die Erfahrung lehrt indes, dass der ägyptischen Militärführung dieses Abkommen genauso wichtig ist wie Israel. So geht die Armee ganz im Sinne Jerusalems gegen die Islamisten im Sinai vor. Die blutige Entwicklung in Kairo hat aus israelischer Sicht ihre Vorteile. Das Militär demonstriert, dass es die Macht nicht abgeben wird. Mögen die USA oder die EU die Generäle wegen der erschossenen Muslimbrüder kritisieren, die Israeli wissen, was ein starker Verbündeter wert ist in einer Weltgegend, in der Realpolitik stets über Moral und Recht obsiegt.

Überflüssiger Eklat

Die USA besitzen immerhin noch genug Gewicht, um Israeli und Palästinenser an den Verhandlungstisch zu zwingen. Die Europäer haben nicht einmal das. Britisch-französische Planspiele für eine Einmischung in Syrien scheiterten kläglich. Die Europäer müssen sich fragen, welchen Einfluss sie im Nahen Osten noch haben und ob die Umwälzungen nicht auch eine Neubewertung des belasteten Verhältnisses zu Israel nahelegen. Brüssel sorgte kürzlich für einen Eklat, als es unterstrich, dass die israelischen Siedler von Vergünstigungen der Union ausgeschlossen bleiben. Umgekehrt bereitete es der EU unendlich Mühe, wenigstens den militärischen Arm des Hizbullah als Terrororganisation zu ächten. Selbst das sonst so nibelungentreue Deutschland geht auf Distanz zu Netanyahu. Dabei ist Israel ein Hort der Stabilität in einer Region, in der politische Konflikte bevorzugt mit Gewalt ausgetragen werden und sich alle Regime Gedanken über ihre Zukunft machen müssen. Seine Wirtschaft floriert im Gegensatz zu den auf Kredite und Hilfen angewiesenen Nachbarn. Darüber hinaus ist das Land ein Rechtsstaat und eine funktionierende, wenngleich imperfekte Demokratie, während diese Tugenden ringsum kaum verbreitet sind. In stürmischen Zeiten zählen solche Gemeinsamkeiten doppelt. Eine nüchterne Abwägung ihrer Interessen gebietet es den Europäern, Israel als Partner wieder ernster zu nehmen und dem Palästinakonflikt nur die Bedeutung zuzumessen, die ihm wirklich zukommt.